



## Pressemitteilung Nr. 03/2022 (23.02.2022)

### Auf dem Weg zum Leitmarkt für Wasserstoff-Technologien

#### *Ergebnisse des 20. H2-Wirtschaftsgesprächs des DWV*

**Hochkarätige Vertreter aus Politik und Wirtschaft diskutierten den Hochlauf der Wasserstoff-Erzeugung in Deutschland und den Einsatz von wasserstoffbasierten PtX-Kraftstoffen. Klar ist: Bis 2030 soll Deutschland Leitmarkt für Wasserstofftechnologien werden. Eine elementare Rolle spielt dabei die Regelung der Zusätzlichkeit im delegierten Rechtsakt der EU.**

Der Entwurf des delegierten Rechtsaktes der EU widerspricht den Klimazielen. Die erforderliche Investitionssicherheit zur schnellen Markteinführung von erneuerbaren flüssigen und gasförmigen Verkehrskraftstoffen nicht-biologischen Ursprungs ist im aktuellen Entwurf nicht gegeben. So können die Klimaziele im Verkehr nicht erreicht werden. Daher muss die von der EU-Kommission vorgeschlagene Regelung zur Zusätzlichkeit für mindestens die ersten 10 GW Elektrolyseleistung entfallen, um den Hochlauf der Wasserstofftechnologien zu entfesseln.

#### **Dringender Ausbau der erneuerbaren Energien**

Essenziell ist der konsequente Ausbau erneuerbarer Energien. Darüber waren sich alle Teilnehmer einig. Die neue Bundesregierung muss daher die Genehmigungsverfahren beschleunigen sowie die Bereitstellung der notwendigen Flächen an Land und auf See gewährleisten.

#### **Wichtiger Appell an die Bundesregierung**

- Die Diversifizierung der Energieressourcen muss vorangetrieben werden. Für die Einspeisung von Wasserstoff in das bestehende Gas-Pipeline-Netz muss die gleiche Logik gelten wie für unsere Stromnetze.
- Die Nationale Wasserstoffstrategie muss zügig angepasst und umgesetzt werden, um den beschleunigten Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft anzureizen.
- Elektrolyseure, Grüner Wasserstoff und deren Derivate sowie Brennstoffzellen werden durch die vorgeschlagenen Regelungen gegenüber anderen Alternativen zur Defossilisierung im Verkehrssektor, wie z.B. die batterieelektrische Mobilität, ungerechtfertigt diskriminiert. Das widerspricht dem Prinzip der Technologieoffenheit.
- Die Bundesregierung muss sich für eine Anpassung des Delegated Act der EU-Kommission in seiner jetzigen Form einsetzen, damit die grüne Wasserstoffwirtschaft ihren Beitrag zur Minderung der Treibhausgasemissionen leisten kann.

#### **Aufbau einer internationalen grünen Wasserstoff-Marktwirtschaft**

Auch ein klimaneutrales Deutschland wird weiterhin auf Energieimporte angewiesen sein. Dabei entstehen beim Export von Wasserstofftechnologien Chancen für die deutsche Industrie. Die Bundesregierung sollte sich deshalb für eine Europäisierung des H2Global-Programms einsetzen. Zusätzlich sollte das Programm auf die Produktion von grünem Wasserstoff in Deutschland ausgeweitet werden, um kurzfristig die notwendige Investitionssicherheit für einen Hochlauf der deutschen Wasserstoffindustrie zu gewährleisten. Mit beiden Maßnahmen erreicht die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele. Denn dort heißt es, dass Programme wie z. B. H2Global europäisch weiterentwickelt und entsprechend finanziell ausgestattet werden. Weiterhin steht im Koalitionsvertrag, dass europäische und internationale Klima- und Energiepartnerschaften für klimaneutralen Wasserstoff und seine Derivate auf Augenhöhe vorangetrieben und Quoten für grünen Wasserstoff in der öffentlichen Beschaffung eingeführt werden sollen, um Leitmärkte zu schaffen. Die Koalition hat festgelegt, sich für die Gründung einer Europäischen Union für grünen Wasserstoff einzusetzen. Das IPCEI

Wasserstoff soll schnell umgesetzt werden und Investitionen in den Aufbau einer Wasserstoffnetzinfrastruktur finanziell gefördert werden. So soll Deutschland bis 2030 der Leitmarkt für Wasserstofftechnologien werden. Wir sind gespannt auf das ambitionierte Update der nationalen Wasserstoffstrategie.

Der DWV steht der Politik beim Erreichen dieser Ziele verlässlich zur Seite und berät gerne als kompetenter Partner.

## **Über den DWV**

*Der Deutsche Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Verband e.V. (DWV) setzt sich seit 1996 für eine nachhaltige Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Industrie ein.*

*Der Aufbau einer grünen Wasserstoff-Marktwirtschaft als Bestandteil einer nachhaltigen Energieversorgung steht im Fokus des DWV. Mit unserem Engagement tragen wir dazu bei, die Klimaziele - bei gleichzeitigem Erhalt der Versorgungssicherheit und des Industriestandortes Deutschland - effizient zu erreichen. Dabei spielt Wasserstoff, der mit erneuerbaren Energien erzeugt wird, eine entscheidende Rolle.*

*Im Mittelpunkt der Verbandsaktivitäten stehen die Implementierung und Optimierung der erforderlichen marktwirtschaftlichen, technologischen und ordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Wasserstoffwirtschaft in den Bereichen Anlagenbau, Erzeugung, Transportinfrastruktur und Anwendungstechnologien. Um diese Herausforderungen global zu lösen, setzt sich der DWV auch für eine internationale nachhaltige Zusammenarbeit ein. Unsere 400 persönlichen Mitglieder und über 140 Mitgliedsinstitutionen und -unternehmen stehen für bundesweit mehr als 1,5 Millionen Arbeitsplätze; der Verband repräsentiert somit einen bedeutenden Teil der deutschen Wirtschaft.*

### **Ansprechpartnerin:**

Norma Kemper

Kommunikation und Presse

[geschaeftsstelle@dwv-info.de](mailto:geschaeftsstelle@dwv-info.de)

Tel.: +49 172 831 0600

Deutscher Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Verband  
(DWV) e.V.

Robert-Koch-Platz 4

10115 Berlin

Telefon: +49 30 629 29 485

[H2@dwv-info.de](mailto:H2@dwv-info.de)

Register: Amtsgericht Berlin (Charlottenburg) VR 17205 – EU-Transparenzregister: 462906838391-79 - Steuer Nr. 27/663/55761

Vorstand: Werner Diwald (Vorsitzender), Thorsten Kasten